

Hört mit dem Kuscheln auf!

In Serbien demonstriert die Jugend. In Bosnien zündelt ein Putin-Freund. Die EU muss jetzt, wo die Welt im Umbruch ist, ihren Balkan-Kurs ändern.

KOMMENTAR: VEDRAN DŽIHIĆ



Der Politikwissenschaftler Vedran Džihic ist Senior Researcher am OIIP und Lektor an der Universität Wien.

Als Donald Trump erneut zum US-amerikanischen Präsidenten gewählt wurde, freuten sich einige europäische Autokraten besonders. Viktor Orbán und Aleksandar Vučić zählten zu den ersten Gratulanten. Milorad Dodik, der starke Mann in der Republika Srpska in Bosnien und Herzegowina, ließ sogar das Präsidenten-Gebäude in Banja Luka mit Trumps Konterfei erleuchten.

Mittlerweile betreibt Trump rücksichtslos die Umwandlung der USA in eine autoritäre Herrschaft nach dem Vorbild der Techno-Oligarchen und treibt damit die bisherige, regelbasierte Weltordnung in den Ruin. Während die Welt gebannt auf das erratische politische Schauspiel im Weißen Haus blickt, nutzte einer seiner größten Bewunderer am Balkan, Milorad Dodik, die Gelegenheit, um einen Generalangriff auf den bosnischen Staat zu starten.

Gestützt von Russland und Wladimir Putin, mit dem er sich diese Woche in Moskau treffen will, sowie von Orbán aus Budapest, ließ er die parlamentarische Versammlung der Republika Srpska (RS) eine Reihe verfassungswidriger Gesetze verabschieden, die die gesamtstaatlichen Justizorgane und die Polizei aus der Republika Srpska verbannen.

Dies ist ein klarer Schritt in Richtung Sezession und Zerschlagung Bosnien-Herzegowinas, wie wir es seit dem Ende des Krieges 1995 kannten. Dodik möchte seine eigene autoritäre Macht und das von ihm und seiner Clique dominierte klientelistisch-korrupte System retten. Die Unterstützung von Trump, trotz des ähnlichen ideologischen Hasses auf die liberale Demo-

kratie, bleibt vorerst aus. Die militärische Truppe der EU wurde in der Zwischenzeit verstärkt. Man muss hier schnell handeln und Dodik aus dem politischen Spiel nehmen, denn sonst droht der Staat Bosnien zu zerfallen, mit all den möglichen Konflikten, die damit einhergehen würden.

Jene, die Dodik aktuell den Rücken stärken, sind neben Russland und Ungarn auch nationalistische Kreise in Serbien. Präsident Vučić und sein pro-russischer Vizepremierminister Vulin, der auf der US-Sanktionsliste steht, eilten Dodik zur Hilfe.

Gleichzeitig steht Vučićs Regime selbst unter enormem Druck durch breite Studentenproteste: Am Wochenende versammelten sich eine halbe Million Menschen zur wohl größten Protestkundgebung in



Ist sich Brüssel nicht bewusst, dass das Hofieren von Autokraten nach hinten losgehen kann?

der serbischen Geschichte. Rhetorisch bedient sich Vučić dabei derselben Stilmittel wie der Kreml oder Orbán, der ebenfalls ein Protestwochenende gegen sich erlebte. Einheitlich sprechen die Autokraten von einem liberalen „Deep State“ in der EU, von einer von außen gesteuerten „bunten Revolution“ und von kriminellen, bezahlten Protestierenden, die sich gegen ihre Länder richteten.

Eines ist klar ersichtlich: Ob Dodik in der Republika Srpska, Orbán in Ungarn, Vučić in Serbien oder deren Gesinnungsgenossen in den Vereinigten Staaten und Europa – ihre Gegner sind jene, die sich gegen diese autoritäre Internationale zur Wehr setzen und liberale demokratische Werte verteidigen. In seiner Rede zum Nationalfeiertag bezeichnete Orbán diese Gegner als „Wanzen“ und kündigte einen großen „Osterputz“ an. Das Reich aus Lü-

gen, Propaganda und ständigem Lärm ist brandgefährlich und kann gerade in semi-peripheren europäischen Regionen wie dem Westbalkan zu heftigen Konflikten führen. Dramatisch gesagt: Das Schicksal der liberalen Demokratie steht hier auf dem Spiel.

Doch die Antwort kommt möglicherweise aus diesen Ländern selbst: In Serbien sind seit Wochen Studenten und weite Teile der Gesellschaft auf den Straßen. Auch die Demonstranten in Ungarn wehren sich gegen Orbán. Die EU muss jedoch klarer Position beziehen, vor allem in Bosnien. Dort darf es kein Zögern mehr geben – die EU-Staaten müssen notfalls mit EUFOR-Truppen und anderen Mechanismen Dodiks gefährliches Spiel beenden.

Dodik's Schutzherr Vučić laviert seit Jahren zwischen Russland, dem Westen und China. Mit Trump in den USA hat er nun einen ideologischen Verbündeten. Nicht umsonst war Trump Jr. letzte Woche zu Besuch bei Vučić. Deutschland setzte bisher auf den Lithium-Deal mit Serbien, Frankreich auf wirtschaftlich profitable Beziehungen, etwa durch den Verkauf von Abfangjägern. Diese pragmatische, aber prinzipienlose Politik des Kuschelns mit Autokraten wird in Policy-Kreisen als „Stabilitätskratie“ bezeichnet. Brüssel schweigt derzeit weitgehend zu den serbischen Studentenprotesten. Ist man sich nicht bewusst, dass das Hofieren von Autokraten nach hinten losgehen kann? In der beginnenden neuen europäischen Selbstvergewisserung zu Beginn von Trump 2.0 müssen die EU-Staaten ihren Kurs korrigieren, Dinge beim Namen nennen und offensiv für ihre Werte einstehen.

Und noch etwas liefern die Demonstranten: Inspiration. Betrachtet man die tanzenden und fröhlichen Gesichter der Studentinnen und Studenten in Serbien, ihre Kreativität und ihren Mut, kommt man nicht umhin zu denken: Warum sollte nicht ausgerechnet Serbien, von dem in den 1990er Jahren die Saat des blutigen Nationalismus ausging, nun den Startschuss für eine demokratische Erneuerung Europas geben? 

XXXXXXXXXXXX

Ausland Die Welt-Kolumne

Es ist die größte Krise der Welt. Aber alle schauen weg

MARTIN STAUDINGER



Martin Staudinger kommentiert an dieser Stelle das Weltgeschehen

Paracetamol: Vielleicht haben Sie es ja selbst im Medikamentenkastl, man bekommt es hierzulande rezeptfrei in jeder Apotheke. Laut Beipackzettel ist es für „leichte bis mäßig starke“ Unpässlichkeiten gedacht – Kopfweg, Gelenkschmerzen oder Regelbeschwerden beispielsweise.

Aber nicht dafür: „In seinem Gesicht klafft ein großes Loch. Der Mundraum ist ein Trichter. Die linke Wange fehlt, Teile des Oberkiefers. Unter dem rechten Auge hängt

ein schlecht transplantiertes Stück Haut wie ein Lappen.“ So beschreibt der Journalist Wolfgang Bauer in einer Reportage im *Zeitmagazin* den Zustand des 16-jährigen Hamoody, der im letzten funktionstüchtigen Spital der sudanesischen Hauptstadt Khartoum dahinsiecht. Bauer und die Fotografin Johanna-Maria Fritz haben sich kürzlich zu dem Krankenhaus durchgeschlagen und mehrere Tage dort verbracht.

Hamoody steht als eines von zehntausenden Opfern exemplarisch für einen Konflikt, der – ohne irgendetwas verharmlosen zu wollen – derzeit alle anderen übertrifft. Über den aber kaum berichtet wird.

Im Sudan sind gegenwärtig fast zwölf Millionen Menschen auf der Flucht. Die Zahl von 60.000 Todesopfern durch Kämpfe und Kriegsfolgen, die laut offiziellen Angaben binnen eineinhalb Jahren zu beklagen waren, muss als sehr konservative Schät-

zung gelten. 26 Millionen Menschen leiden unter akuter Mangelernährung, eine Hungersnot, die Unzählige das Leben kosten wird, scheint unvermeidlich.

Die Katastrophe und ihre Vorgeschichte im Schnelldurchlauf: Bis vor nicht allzu langer Zeit war die frühere britische Kolonie am Horn von Afrika flächenmäßig das größte Land des Kontinents. Regiert wurde es vom Regime des Islamisten Omar al-Bashir. Anfang der 2000er-Jahre begann das Staatsgebilde zu zerfallen. Ab 2003 probte die Region Darfur den Aufstand, al-Bashir ließ sie mit Bombardements und Unterstützung lokaler Reitermilizen, der sogenannten Janjawid (zu Deutsch: „Teufel auf Pferden“), verwüsten.

2011 spalteten sich die südlichen Regionen des Sudan zu einem eigenen – nicht sehr erfolgreichen – Staat ab. 2019 wurde al-Bashir von der Armee gestürzt, 2021